

Heise, Arne

**Working Paper**

## Konzentration auf das Kerngeschäft: Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 17

**Provided in Cooperation with:**

University of Hamburg, Department of Socioeconomics

*Suggested Citation:* Heise, Arne (2005) : Konzentration auf das Kerngeschäft: Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 17, Universität Hamburg, Department Wirtschaft und Politik, Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/27085>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

No 17

**Konzentration auf das Kerngeschäft –  
Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische  
Wirtschaftspolitik**

Arne Heise

November 2005

ISSN: 1613-7000

Die Arbeitspapiere für STAATSWISSENSCHAFT/ Working Papers on ECONOMIC GOVERNANCE werden in unregelmäßiger Folge von der Professur ‚Wirtschaftspolitik und Economic Governance‘ am Department Wirtschaft und Politik der UNIVERSITÄT HAMBURG ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben:

Prof. Dr. Arne Heise  
Universität Hamburg  
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Department Wirtschaft und Politik  
Von-Melle-Park 9

D-20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: [Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de](mailto:Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de)

Das Verzeichnis aller Arbeitspapiere und anderer Veröffentlichungen/ List of all working papers and other publications:

[www.hwp-hamburg.de/fach/fg\\_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm](http://www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm)

**Zitierweise:**

Autor (Jahr), Titel, *Arbeitspapiere für Staatswissenschaften* Nr. X, Department für Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg

**Citation:**

Author (Year), Title, *Working Papers on Economic Governance* No. X, Department of Economic s and Political Science at Hamburg University

# Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

## 1. Das Wahl-Debakel vom 18. September 2005

Allenthalben wird davon gesprochen, dass die Bundestagswahl vom 18. September 2005 eine schwierige Situation geschaffen habe: Sie hat weder Gerhard Schröders Begehren unterstützt, seine Reformpolitik weiterzuführen – oder klarer: Die Mehrheit der Deutschen will keine Schrödersche ‚Weiterreform‘, was dieser in einem Anflug von sonnenkönighafter Selbstüberschätzung zunächst nicht wahrhaben wollte, schließlich aber auch begriff. Gerhard Schröder hat – trotz optimaler Rahmenbedingungen (als Amtsinhaber hatte er das Heft des Handelns in der Hand, mit Angela Merkel trat nicht nur eine Kanzlerkandidatin gegen ihn an, die seinem Inszenierungsgeschick hoffungslos unterlegen war, sondern auch eine Kandidatin, die im eigenen Parteilager torpediert wurde und endlos wahltaktische Fehler beging) das viertschlechteste Nachkriegswahlergebnis für die SPD zu verantworten und hatte dennoch die Chuzpe, sich als heimlicher Wahlsieger aufzuführen und, einmal mehr, diese Konnotation des Wahlergebnisses auch den Parteigremien aufzuzwingen. Andererseits hat das Wahlergebnis auch der Opposition aus CDU und FDP, die in klar formulierter Einmütigkeit einen Politikwechsel herbeiführen wollten, für dessen Radikalität der Juraprofessor Paul Kirchhof die Symbolik lieferte, klar vermittelt, das sie weiterhin in der Opposition verbleiben solle. Hieraus wird nun medial flugs eine Stimmung der Unentschiedenheit, der Unklarheit oder der Unübersichtlichkeit gemacht.

Damit aber wird (aus Gründen, über die noch zu spekulieren sein wird) letztlich ein klares Wahlergebnis vernebelt: Gegenüber dem Bundestags-Wahlergebnis von 2002 hat die Opposition etwa 400.000 Stimmen verloren<sup>1</sup>, lediglich zwischen CDU/CSU und FDP gab es größere Wählerwanderungen, deren Ursache aber an dieser Stelle uninteressant sind. In jedem Fall lässt sich hieraus sicher kein Anspruch auf Regierungsarbeit ableiten. Die Parteien links von CDU/CSU und FDP haben gegenüber 2002 zwar ebenfalls 700.000 Stimmen verloren, ihre Anteilsmehrheit mit 51,1% im Bundestag aber exakt gehalten – daraus darf sehr wohl ein Regierungsanspruch abgeleitet werden und es erscheint unklar, worin die Unübersichtlichkeit oder Unklarheit bestehen soll. Wer dann die klare Wählerwanderung innerhalb des ‚Mitte-Links-Wählerlagers‘ am Wahltag und die Ergebnisse der Landtagswahlen zwischen August 2002 und September 2005 berücksichtigt, wird aber nicht umhinkommen, einen

---

<sup>1</sup> Diese und die folgenden Zahlen sind entnommen: SPIEGEL (2005).

eindeutigen Linksrutsch – insbesondere im sozialdemokratischen Wählerpotential – zu konstatieren<sup>2</sup>.

Versucht man sich also der Sache vorbehaltlos zu nähern – und nichts anderes sollte eine objektive Analyse tun –, dann gab der Wähler mehrheitlich den Parteien den Auftrag, eine Politik zu verfolgen, die als ‚Sozialdemokratisierung‘ verstanden werden kann: positive und pro-aktive Akzeptanz staatlicher Interventionsnotwendigkeit in fehlerhafte Marktprozesse, Verantwortungsübernahme für solidarische Sozialsicherung und ein klares Plädoyer für soziale Gerechtigkeit als Politikfokus. Es sind dies die ‚klassischen‘ Themen- und Ideologievorräte der Sozialdemokratie, die ihr in den Schröder-Jahren zunehmend abhanden gekommen sind – im täglichen Politik- und Regierungsgeschäft ebenso wie in der Rhetorik.

Die Wahlentwicklungen der letzten Jahre zeigen aber noch mehr: Wir leben keineswegs in einer Zeit ‚jenseits der Ideologien‘, keineswegs in einer Gesellschaft voller Wähler, die ihre Wahlentscheidung ausschließlich oder auch nur überwiegend am materiellen Eigeninteresse ausrichten und die klassische Parteibindung weitgehend verloren haben, wie dies gerade auch von sozialdemokratischen Politikberatern gerne behauptet wird.<sup>3</sup> Vielmehr zeigt sich weiterhin eine klare Trennung in separate Wählerlager mit sehr begrenztem Wähleraustausch (Rechts-Links-Spektrum) und die Ausprägung von Politikpräferenzen, die durchaus vom eigenen Portemonnaie getrennt werden können. Gesellschaftliche Visionen (Ideologien) sind hierbei notwendige Alleinstellungsmerkmale in einem politischen Markt, der von großer Unsicherheit (Informations(verarbeitungs-)mängel und offene Präferenzstrukturen der Wähler) geprägt ist. Daraus folgt aber gerade nicht, einen imaginären ‚Mitte-Wähler‘ mit seinen vermeintlichen Präferenzen (durch Marktforscher aus seiner sozioökonomischen Situation herauskristallisiert) ins Zielfadenkreuz der eigenen Politik zu nehmen, sondern innerhalb des eigenen Wählerlagers durch überzeugende, vertrauenswürdige Visionen und Handlungskonzepte anhaltende Parteibindungen zu erstreben und gleichzeitig die Reichweite (Größe des Wählerlagers) zu erhöhen.<sup>4</sup> Dies erfordert sicherlich große Inszenierungs- und Organisationskraft einer Partei, vor allem aber überzeugende Positionen, die nicht als ‚alternativlos‘ geradezu aufgezwungen erscheinen dürfen.

---

<sup>2</sup> Insbesondere die zunehmende Aggressivität der medienöffentlichen Angriffe von Vertretern des rechten ‚Seeheimer Kreises‘ in der SPD zeigen einerseits den Grad der Entfremdung, der in der Schröder-SPD entstanden ist, und ist andererseits der offensichtliche Versuch der Rechten in der SPD, dem drohenden Bedeutungsverlust durch Sicherung der Meinungs- und Deutungshoheit zu begegnen.

<sup>3</sup> Vgl. Giddens (1997) und Kitschelt (1994).

<sup>4</sup> Diese Ideen sind in verschiedenen Aufsätzen vertieft und empirisch überprüft worden: Heise (2004), Heise (2005a); Heise (2005b).

Und hier schließlich bietet das Wahlergebnis vom 18. September weitere interessante Erkenntnisse: Erstens wird deutlich, dass Wähler auch in einem medialen Umfeld, das der neoliberalen Dominanz Rechnung trägt (bzw. diese maßgeblich befördert), in der Lage sind, sich eigenständige Vorstellungen zu entwickeln und diese in einem von wenigen Politikanbietern (Parteien) beherrschten Markt so auszudrücken vermögen, dass Nuancen jenseits der reinen Zustimmung-Ablehnungs-Dialektik sichtbar werden – dies zeigen die Wählerwanderungen innerhalb eines Wählerlagers (und, nicht zu vergessen, die Nicht-Wähler), die grundsätzliche Loyalität beinhalten, gleichwohl aber auch Korrekturen einzufordern vermögen. Solche Formen des ‚Voice-Mechanismus‘ als ‚Protestverhalten‘ zu interpretieren wird der Sache nur dann gerecht, wenn die Parteien – und hier vor allem die Schröder-SPD – durch Kommunikations- und Diskussionsverlust innerhalb der Partei (und der Wählerschaft) ihre Integrationsfähigkeit verloren haben.<sup>5</sup>

## 2. Agenda 2010: des Übels Ursprung

Im August 2002 gewann die rot-grüne Regierungskoalition mit 47,1 % der Stimmen (gegenüber 47,6% im Jahre 1998) die Bundestagswahlen. Die SPD bekam mit 38,5 % zwar weniger Stimmen als 1998 (40,9%), dafür aber zeigten sich die Grünen erstarkt und sicherten den Wahlerfolg. In einer Bewertung der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün verwies ich (Heise 2002) darauf, dass die Schröder'sche ‚linke Angebotspolitik‘ – bestehend aus der weitgehenden Akzeptanz neoliberal inszenierter Herausforderungen (Globalisierung erzwingt standortpolitische Politikprogramme, Arbeitslosigkeit erzwingt eine arbeitsmarktpolitische Mikrologik) kombiniert mit einem korporatistischen Politikprozess (‚Bündnis für Arbeit‘) – weder hinreichende visionäre (bzw. ideologische) Überzeugungskraft entwickelt hat, noch ‚wahrheitskontrollierte Erfolge‘ (vgl. Habermas 1973: 24) beibringen konnte: Schröder wollte ja eigentlich nur wiedergewählt werden, wenn seine Regierungsarbeit die von Helmut Kohl übernommene Arbeitslosigkeit deutlich reduziert hätte – was nachweislich misslungen war. Ich sah Schröders pragmatische ‚Kunst des Machbaren‘ in Zeiten neoliberaler Hegemonie schon damals in dem Sinne als gescheitert an, dass ich die Wiederwahlchancen von Rot-Grün als gering erachtete. Ich hatte die Rechnung ohne den Wettergott und Schröders phänomenales Wahlkampftalent gemacht – und doch konnte das Wahlergebnis meine grundlegende Kritik am Schröderschen Kurs der Sozialdemokratie nicht widerlegen. Ich schloss mit einer Bemerkung Schröders von einem SPD-Kongress Anfang 2002, worin ich Verständnis und Umdenken vermutete: ‚Wir haben gelernt, dass man auch gegen gesellschaftliche Widerstände etwas

---

<sup>5</sup> Dies mag es sein, was Franz Walter meint, wenn er das Ende der Volkspartei SPD nahen sieht; vgl. Walter (2005).

schaffen kann“ (Schröder 2002). Sollte sich Schröders politischer Instinkt gegen seine frühere Überzeugung, nur mit der (und nicht gegen die) weitgehend neoliberal berichtende Medienlandschaft Politik betreiben zu können, durchsetzen und ein Kurswechsel im Sinne einer ‚Re-Sozialdemokratisierung‘ bevorstehen?

Tatsächlich aber verfuhr Schröder, wie er immer verfahren war: Ohne hinreichende innerparteiliche Diskussion – was ihn den Parteivorsitz kostete – setzte er unter starkem medialen Druck im Frühjahr 2003 eine Politikkonzeption durch – die Agenda 2010 -, deren Orientierung und Vision nur als Bruch mit bislang gültigen Interpretationen sozialdemokratischer Werte verstanden werden konnte: War das Godesberger Programm von 1959 der Versuch einer ‚Politik innerhalb von Märkten‘ (*Policies within Markets*) gegenüber der bis dahin gültigen, marxistischen Programmatik der ‚Politik gegen die Märkte‘ (*Policies against Markets*), so erleben wir unter der Hand eine ‚Veränderung dritter Ordnung‘ (d.h. der Politikziele; vgl. Hall [1993]): ‚Politik zur Förderung von Märkten‘ (*Policies favouring Markets*). Am besten lässt sich dieser Ideologiewechsel in der Schwerpunktsetzung und Rhetorik des Blair-Schröder-Papiers von 1999 (vgl. Schröder/Blair 1999) festmachen, dessen manifester Ausdruck die Agenda 2010-Politik um die Hartz-Gesetze war. Dabei ging es im Kern nicht um die ‚Fördern und Fordern‘-Logik. Es ging und geht darum, dass die Schröder-SPD die bis dahin in der deutschen Sozialdemokratie gültige Balance von Markt- und Staatsversagen verändert hatte, um sie der neoliberalen Hegemonie anzupassen: Gehörte es für Sozialdemokraten bis dahin zu den Axiomen ihres Ökonomie- und Gesellschaftsverständnisses, dass der kapitalistische Markt höchst fehlerhaft funktioniert – und insbesondere dauerhaft keine Vollbeschäftigung sichern kann – und zu intolerablen Einkommens- und Vermögensverteilungsergebnissen führt, so wurden fortan die Leistungen des Marktes als Motor der Entwicklung und des Wohlstandes deutlich höher gewichtet und stattdessen die Fehlerhaftigkeiten und beschränkten Fähigkeiten staatlicher Einflussnahme thematisiert. Um dies konkret zu machen: An der Hartz-IV-Gesetzgebung ist ja nicht wirklich problematisch, dass Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammengeführt werden. Und auch die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau führt zweifellos zu manch intergenerationeller Ungerechtigkeit und scheint Ostdeutschland stärker zu betreffen als Westdeutschland, vielleicht aber hätte eine solche Maßnahme auch innerhalb der Sozialdemokratie kommuniziert werden können, wenn Sie in ein konsistentes Paket einer wachstumsorientierten Restrukturierung der öffentlichen Haushalte in Richtung Innovation, Technologie, öffentliche Investitionen und verteilungsgerechte Steuerpolitik eingebunden gewesen wäre. Stattdessen wurden Unternehmen steuerlich entlastet und der Höchststeuersatz mehrfach gesenkt und eine Begründungsrhetorik gewählt, die die Verantwortung für Arbeitslosigkeit den betroffenen Selbst und – insbesondere

im unteren Qualifikationssegment – der zu üppigen Sozialsicherung anlastete.<sup>6</sup> Und dies waren keineswegs Kommunikationsfehler, sondern entsprach – ebenso wie die konsequenterweise nachgelieferte Reinterpretation sozialer Gerechtigkeit als ‚Teilhabe-Gerechtigkeit‘ statt der bislang gültigen ‚ausgleichenden oder Ergebnis-Gerechtigkeit‘ – zumindest dem Verständnis der ‚Modernisierer‘ in der Funktionselite der SPD um Gerhard Schröder, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück. Die leistungsorientierten, aufstiegsfixierten Menschen im Segment der hochqualifizierten Facharbeiter, ‚neuen Freiberufler‘ und Akademiker – kurz: die ‚Neue Mitte‘ – wurde als dauerhaft zu gewinnendes Klientel ausgemacht (vgl. Vester 2000) und nur in ihr eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit unter den Bedingungen sozioökonomischer und soziostruktureller Entwicklungen um die Jahrhundertwende gesehen.

Dieses Konzept der ‚Neuen Mitte‘ ist zumindest als strategische Neuausrichtung der SPD vorerst gescheitert. Es ist der SPD nicht gelungen, für eine noch ziemlich unkonturierte Variante eines die individuelle Leistungskraft des Menschen in den Mittelpunkt stellende, gleichwohl eine paternalistische Solidarität<sup>7</sup> gewährende und den Staat vornehmlich als ‚Ermöglicher‘ denn ‚Gewährleister‘ verstehende Vision Akzeptanz zu gewinnen. Der SPD-Stammwähler scheint (noch) andere Anforderungen an sozialdemokratische Visionen zu stellen (vgl. Heise 2005b), für weniger gebundene Wähler zwischen den Parteilagern (die deshalb als ‚Mitte-Wähler‘ verstanden werden können) scheint das Alleinstellungsmerkmal ebenso wenig ersichtlich zu sein wie das Vertrauen in die handwerkliche Arbeit einer SPD-geführten Bundesregierung vorhanden wäre.

Die bisherige Argumentation stellt auf die politische Rationalität ab – selbstverständlich kann es sein, dass der Wähler – und hier vielleicht gerade der bisherige Stammwähler der SPD (oder müsste man sagen: der Stammwähler der bisherigen SPD?) – schlicht die Handlungsanforderungen, -zwänge und -notwendigkeiten des Staates falsch einschätzt und damit auf Ideologie- und Handlungsprogrammen besteht, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr umsetzbar sind. Muss dann nicht ein verantwortungsvoller Staatsmann, aber auch der weit blickende Parteiführer selbst gegen die noch bestehenden

---

<sup>6</sup> Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Niemand in der SPD – auch nicht ‚Modernisierer‘ oder die Rechten des ‚Seeheimer Kreises‘ – plädieren für eine weitgehende Aufgabe des Sozialstaates, wie es allfällig in den Bezeichnungen der ‚Deform‘ von manchem Kritiker insinuiert wird. Aber Fakt bleibt, dass die Schröder-SPD sich einem anderen Verständnis von Staatlichkeit im allgemeinen (aktivierend statt aktiv) und Sozialstaatlichkeit im besonderen (sozialinvestiv statt sozialkonservativ) zuwandte, dass insbesondere von Beratern aus dem Umfeld des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung propagierte wurde; vgl. z.B. Hauer (2004); Heinze (2004); Streeck/Heinze (1999).

<sup>7</sup> Reisz (2004) spricht von ‚asymmetrischer‘ Solidarität, die nicht auf Gleichwertigkeit und Gegenseitigkeit basiert, sondern auf fürsorgliches, aber eben paternalistisches Geben der Starken und einseitiges Nehmen der Schwachen; vgl. auch Vester (2005: 18).



Vorbehalte in der eigenen Partei vorweg gehen und ‚Leadership‘ beweisen? Wird sich nicht über kurz oder lang – auch wenn eine Durststrecke über mehrere Wahlschlägen hinzunehmen ist – doch die ‚Macht des Faktischen‘ und der Realitätssinn bei Wähler und Parteimitgliedern durchsetzen? Steht die SPD nicht vor einem neuen ‚Godesberg‘, dass zumindest langfristig die Regierungsfähigkeit der SPD hergestellt hat? Vieles spricht dafür, dass solche oder ähnliche Überlegungen für Gerhard Schröders Regierungspolitik der Alternativlosigkeiten grundlegend waren. Hier soll nicht über die Richtigkeit dieser Strategie vor dem Hintergrund politischer Rationalität spekuliert, sondern die Prämisse in Frage gestellt werden: Weder war die ‚Agenda 2010-Politik‘ alternativlos (dazu mehr im nächsten Abschnitt), noch kann sie als ökonomisch funktional in dem Sinne verstanden werden, die unbestreitbaren Probleme Deutschlands – Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung – in irgendeiner Form erfolg versprechend adressiert zu haben. Hätte die Agenda-2010-Politik auch nur ansatzweise und mit der mittelfristigen Aussicht auf Erfolg in der immer wieder versprochenen Weise gewirkt, vielleicht hätte sich das Wahl- und Parteivolk tatsächlich früher oder später von Politikformeln wie ‚Sozial ist, was Arbeit schafft‘ – auch wenn es zunehmende soziale Differenzierung und eine positivere Adaption der Marktlogik impliziert – ansprechen lassen. Allein, nichts davon ist zu sehen und empirisch scheinen die Kritiker der Balanceverschiebung von der Markt- zur Staatskepsis recht zu behalten: Die Arbeitslosigkeit ist tendenziell gestiegen, weil das Wirtschaftswachstum keinerlei Impulse erhalten hat und die Staatsverschuldung konnte dann, trotz intensiver Sparbemühungen, nicht begrenzt werden. Hinzu kommt, dass Deutschland – zugegebenermaßen auf absolut sehr niedrigem Niveau – die schlechteste Armutsentwicklung in der Europäischen Union aufweist.

### **3. Wirtschaftspolitische Alternativen**

Eine visionäre Leitidee, die den ‚nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat‘ (das Geschenk des Himmels für die Sozialdemokratie der 70er Jahre, wie Adam Przeworski (1985) einst befand) sinnstiftend und wählerbindend ersetzen könnte, haben die ‚Modernisierer‘ der Schröder-SPD nicht liefern können (und, vor dem Hintergrund ihres Pragmatismus vielleicht auch nicht liefern wollen), das Handlungs- und Regierungsprogramm der Schröder-Regierung hat strategisch und ökonomisch-funktional versagt. Wer hieraus den Schluss zieht, als Juniorpartner in einer großen Koalition sich erst einmal weiterhin über Regierungsverantwortung zu freuen, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, alle Optionen zum Wohle der Sozialdemokratie und im Auftrage des Wahlvolkes durchdacht zu haben.

Hiermit soll weder einer Re-Traditionalisierung der SPD, noch einer Erneuerung in der Opposition das Wort geredet werden. Ersteres wäre kaum erfolgversprechender, letzteres nicht dem Wählervotum entsprechen. Doch der Rekurs auf den ‚nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat‘ der siebziger Jahre zeigt, worauf es ankommt, um sozialdemokratische Politik in einer Mediendemokratie mehrheitsfähig zu machen: Es gilt ein Ideologie- und Handlungsprogramm zu entwerfen, dass sich in seiner Themenformungskapazität (‚Framing‘) passgenau in die Umgebung herrschender Weltbilder (‚Makro-Framing‘) und dominanter Policy-Vorstellungen (‚Mikro-Framing‘) einfügt. Vor dem Hintergrund eines stark individualistischen, materialistischen Makro-Framings und zweifellos durch die Medien transportierter, dominanter neoliberaler Policy-Vorstellungen erscheint die Schröder’sche ‚neue Mitte-Politik‘ zwar nachträglich plausibler, doch ist sie an der Nicht-Akzeptanz durch die sozialdemokratische Stammwählerschaft gescheitert. Deshalb muss dieser Handlungsrahmen offensichtlich anders ausgefüllt werden: Einerseits muss auf die zunehmende Individualisierung und Heterogenisierung der Gesellschaft – über alle Politiklager hinweg – zweifellos ebenso Rücksicht genommen werden, wie ‚Reformnotwendigkeit‘ als Politikanspruch mittlerweile fest in den Köpfen der Wähler verankert ist und gut mit deren Lebenserfahrungen korrespondiert. Andererseits zeigen zumindest die beiden letzten Bundestagswahlergebnisse, dass daraus keine Anbiederung an den neoliberalen Zeitgeist folgen muss, sondern vielmehr – und vor allem von der Sozialdemokratie – erwartet wird, dass ‚Leadership‘ in dem Sinne mehrheitsfähig werden kann<sup>8</sup>, dass sich Staatlichkeit (als institutionelle Ausgestaltung) und Politik (als Raum der politischen Akteure) wieder auf eigen definierte Handlungsspielräume (Karl Mannheim) konzentriert und nicht als medial ferngesteuert und paternalistisch empfunden wird.

Die ‚Reformbereitschaft‘ könnte in eine zur Bürgerversicherung reformierten Sozialstaatlichkeit mit größeren Anteilen an Steuerfinanzierung (‚Beveridge-Modell‘), größerer Betonung staatlich geförderter Eigenversorgung (‚Cappuccino Modell‘), gleichzeitig aber systematischer Aufrechterhaltung des symmetrischen Solidaritätsbegriffs (Versicherungs- statt Versorgungsprinzip) einfließen. Damit würde einerseits das deutsche Sozialstaatsmodell in der EU wettbewerbs- und anschlussfähiger, andererseits der schleichenden Untergrabung der intergenerationalen Solidarität entgegen gewirkt<sup>9</sup>. Von

---

<sup>8</sup> Schröders Nachweis des ‚Leaderships‘ in Sachen Opposition zum Irak-Krieg, gewiss nicht die dominante Position der medialen Leitartikler im Spätsommer 2002, dürfte einer der Gründe für seine Wiederwahl bei den Bundestagswahlen 2002 gewesen sein.

<sup>9</sup> Insbesondere in der Linkspartei ist das Argument beliebt, dass niemand selbst bei zunehmender Alterung der Gesellschaft und Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Versorgungsniveaus absolut schlechter gestellt werden müsse, solange es nur Wirtschaftswachstum gebe – die steigende Produktivität erhöht folglich die Umverteilungsspielräume. Dies ist zwar grundsätzlich richtig, fraglich bleibt aber, wie die Beitrags- und Steuerzahler die relative Schlechterstellung (immer größere Teile des Zuwachses müssten umverteilt werden) empfinden und darauf reagieren – per ‚Voice-

grundlegenderer Bedeutung aber dürfte es sein, dass die Sozialdemokratie wieder eine klare, nachvollziehbare Stellung zum Verhältnis von Markt und Staat findet. Will sich die SPD wesentlich auf die positive Konnotation marktlicher – und d.h. individueller, dezentraler – Koordination wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aktivitäten und eine grundlegende Skepsis gegenüber staatlicher Intervention – also eine ‚Politik zur Förderung von Märkten‘ – einlassen, um so der Dominanz entsprechender Weltbilder und medial gesteuerter Diskurse entgegenkommen zu können oder hält die Sozialdemokratie an ihrer historisch gewachsenen Vision einer ‚**Res Publica**‘ – also eines gesellschaftlichen Raumes, der sich der totalen Ökonomisierung entzieht und die intervenierende Aktivität des Staates zur Sicherung eigenständig definierter gesellschaftlicher Ziele offensiv vertritt – fest? Ersteres war der Versuch der Schröder-SPD, der an der ideologischen Immobilität der Stammwähler, aber auch der Schwierigkeit gescheitert ist, hinreichende Differenzen zu anderen Parteien sichtbar zu machen, die längst für eine ‚Politik zur Förderung von Märkten‘ stehen.<sup>10</sup> Letzteres aber erfordert nicht nur die grundsätzliche Befähigung zur aktiven Marktintervention, sondern auch ein glaubhaftes Handlungsprogramm. Zweifellos ist bis tief in sozialdemokratische Milieus hinein eine Verunsicherung darüber entstanden, ob in Globalisierungszeiten noch etwas anderes als Standortpolitik betrieben werden kann. Und auch die Vorstellung keynesianischer Nachfragepolitik erweckt in Zeiten hoher Staatsverschuldung breite, intuitive Zurückhaltung. Natürlich ist die Sozialdemokratie mit daran Schuld, dass alternative wirtschaftspolitische Ansätze heute keinen Öffentlichkeitsraum mehr finden: Wer eine TINA-Politik betreibt und auch seine Regierungsverantwortung nicht dazu nutzt, zentrale Schaltstellen medienwirksamer Diskursrahmung z.B. im Sachverständigenrat, in den Wissenschaftlichen Beiräten verschiedener Bundesministerien oder bei der Besetzung von Direktorenposten zentraler Wirtschaftsforschungsinstitute so zu besetzen<sup>11</sup>, dass abweichenden Meinungen mehr Gehör geschenkt werden muss, darf sich nicht wundern, sich einem sehr weit reichenden ‚Pensée Unique‘ gegenüber gestellt zu sehen.

---

Mechanismus‘ können sie dagegen stimmen, per ‚Exit-Mechanismus‘ können sie versuchen, ihre Einkommen der Besteuerung zu entziehen. Diese Art von ‚erzwungener‘ Solidarität scheint mir tatsächlich eine Umverteilungsbereitschaft voraussetzen, die zu Beginn des 21. Jahrhundert illusionär ist.

<sup>10</sup> Seeleib-Kaiser (2002) zeigt auf, dass die Agenda-2010-Politik eigentlich eher dem anderen politischen Lager entspringen könnte.

<sup>11</sup> Erst die Gewerkschaften schickten einen ausgewiesenen Kritiker der herrschenden Orthodoxie in den Sachverständigenrat, die Position des Direktors des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) – einst der ‚keynesianische‘ Gegenspieler zum ‚neoliberalen‘ Institut für Weltwirtschaft (IfW) – wurde mit einem Hardliner besetzt, der dabei ist, jegliche heterodoxe Spuren in seinem Hause zu verwischen und schließlich ließen es sich sozialdemokratische Regierungsmitglieder nicht einmal nehmen, sich als Aushängeschilder der ganz explizit von der deutschen Wirtschaft gesteuerten ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ anzudienen.

Trotz alledem: Die Globalisierung reduziert zwar die Handlungsspielräume nationaler Wirtschaftspolitik durch das Überschwappen von Nachfrageimpulsen auf andere Länder (Importe) und die zunehmende Kapitalmobilität, doch gibt es keinerlei plausible empirische oder theoretische Gründe, weshalb eine relativ große Volkswirtschaft wie Deutschland nicht weiterhin ‚gemanaged‘ werden könnte<sup>12</sup>. Bei immer noch deutlich eingeschränkter internationaler Finanz- und Realkapitalintegration verbleibt nationale Finanzpolitik durchaus wirksam, je nach Rahmenbedingungen erhöht sich gar die Wirksamkeit der Geldpolitik.<sup>13</sup> Allerdings zeigt das Beispiel Geldpolitik einerseits deutlich, dass zumindest in der Europäischen (Währungs-)Union die nationale Politikebene durch eine EU-Ebene ergänzt werden muss, andererseits die Möglichkeiten des ‚Demand Managements‘ eingeschränkt werden, wenn es nicht gelingt, die großen makroökonomischen Politikbereiche – Geld-, Finanz- und Lohnpolitik – aufeinander abzustimmen. In der Schaffung eines modernen, makroökonomischen Governance-Systems liegt also der eigentliche Reformbedarf der deutschen (und europäischen) Wirtschaftspolitik. Die Schillersche Vorstellung einer Globalsteuerung hat nichts von ihrer grundlegenden Berechtigung angesichts mannigfaltiger Fehlentwicklungen kapitalistischer Märkte verloren, allein die Ausgestaltung muss die Erfahrungen der letzten 30 Jahre und die Erkenntniszuwächse der jüngeren (post-)keynesianischen Forschungen aufgreifen: Es bedarf der institutionellen Anreize, um eine Koordinierung von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik in einer Art zu gewährleisten, die zwar keine hydraulische Machbarkeit einstiger Steuerungseuphorie, wohl aber die Gestaltbarkeit von Marktkonstellationen in qualitativem Sinne ermöglicht. Dazu muss auf nationaler und ebenfalls auf europäischer Ebene ein Koordinationsinstrument – der Makro-Dialog (vgl. Heise 2001: 52ff.; Priewe 2002; Bartsch/Hein/Truger 2002) – geschaffen werden, das die Kommunikation, die verbindliche Festlegung von Politikregeln und die Überprüfung der Kooperation erlaubt<sup>14</sup>. Auf EU-Ebene existiert ein derartiger Makro-Dialog als Teil des europäischen Economic Governance bereits – er wurde auf dem Kölner EU-Gipfel Anfang 1999 auf Initiative des damaligen SPD-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Oskar Lafontaine initiiert. Mit dessen Rücktritt und dem angebots- und konsolidierungsorientierten Schwenk der Schröder-Regierung verlor diese

---

<sup>12</sup> Zumal es in anderen Ländern – z.B. in Großbritannien und den USA – auch in den 1990er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts durchaus gelungen ist, mithilfe eines makroökonomischen Policy-mix eine wachstums- und beschäftigungsförderliche Marktkonstellation zu schaffen; vgl. z.B. Fritsche et al. (2005).

<sup>13</sup> Vgl. z.B. Heise (2005c: 315ff.).

<sup>14</sup> Die mittlerweile modisch gewordene Spieltheorie liefert die Methodik zur Untersuchung von strategischen Handlungssituationen und erklärt, weshalb die Schillersche ‚Konzertierte Aktion‘ des bis heute gültigen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (StWG), aber auch das Schrödersche ‚Bündnis für Arbeit‘ keine hinreichenden Institutionalisierungen darstellten, um Kooperationen zu ermöglichen; vgl. Heise (2001: 144ff.)

Erfolg versprechende Governance-Struktur völlig an Momentum und Handlungsmacht.

Eine Reform des ökonomischen Governance-Systems auf den eben beschriebenen Grundlinien könnte nicht nur den makroökonomischen Rahmen für eine sozialdemokratische Reform der Sozialsicherungssysteme bieten, sondern die Modernisierung der ‚**Res Publica**‘ im Sinne der Ideologievorräte der deutschen Sozialdemokratie beschreiben: Der Staat muss nicht nur finanzpolitisch aktiv sein, um Wachstum und Konjunktur zu stabilisieren, er muss die Kooperation verschiedener kollektiver Akteure zu Nutzen der Gesellschaft (inklusive der an der Kooperation beteiligten Akteure<sup>15</sup>) organisieren und die Voraussetzungen für die Wahrung der komparativen Vorteile des spezifischen deutschen Kapitalismusmodells schaffen<sup>16</sup>: dazu gehören die Arbeitsbeziehungs- und Arbeitsmarktstrukturen ebenso wie ein unbedingter Erhalt der Tarifautonomie und konsensual orientierter, korporatistischer Sozialpartner. Letztlich wird es der ökonomische Erfolg – gemessen an steigender Beschäftigung, steigenden Realeinkommen, Konsolidierung der Staatsschuldenquote trotz (bzw. wegen) einer aktiven Finanzpolitik<sup>17</sup>, Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens, Preisstabilität unter den Bedingungen sicherer Arbeitsverhältnisse, partizipativer Arbeitsbeziehungen und stabiler, wenn auch stärker individualisierter Sozialsicherung – sein, der die Zustimmung zu einem derart erneuerten sozialdemokratischen Modell erzeugt. Wer hierin nur unerfüllbare Träumereien zu erblicken glaubt, möge einen Blick nach Großbritannien und die skandinavischen Länder wagen – vielleicht sollte die gegenwärtig besonders modisch gewordenen ‚Best Practice-Verfahren‘ nicht immer nur bei Deregulierungs- und Liberalisierungsprozessen angewendet werden.

#### **4. Mediendemokratie oder Meritokratie?**

Alternativen sind zweifellos möglich – auch vor dem Hintergrund alternder Gesellschaften und zunehmender Globalisierung. Allzu oft wird an dieser Stelle auf die fehlende Politikmächtigkeit solcher Alternativen in Zeiten neoliberaler

---

<sup>15</sup> Kooperationen gegen die Wünsche der Kooperationspartner organisieren zu wollen, ist vergebene Liebesmüh. Allerdings lässt sich zeigen, dass auch die an einem Makro-Dialog beteiligten Akteure letztlich ihren Nutzen erhöhen können, wenn alle kooperieren.

<sup>16</sup> Tatsächlich sind es die deutschen Arbeitsmarkt- und Arbeitsbeziehungsstrukturen, die die höhere Produktivkraft deutscher Unternehmen gegenüber den Unternehmen im liberalen Kapitalismus angelsächsischer Prägung begründen – einer der Gründe, weshalb 16 lange Jahre Kohl-Regierung keine tiefgreifenden Veränderungen gebracht haben.

<sup>17</sup> Die strukturelle Neuverschuldung wird zwar tendenziell erhöht, bei investiver Nutzung aber können Wachstumsgewinne erzielt werden und die Schuldenstandsquote sogar gesenkt werden. Jüngst haben die USA und Großbritannien eine solche ‚Wachstumsoption‘ genutzt.

Hegemonie verwiesen. Denkbar ja, ökonomisch plausibel vielleicht auch noch, aber eben nicht mehrheitsfähig. Muss also erst die Deutungshoheit der Staats skeptiker, Privatisierungs- und Liberalisierungsbefürworter gebrochen werden, bevor – vielleicht nach langer, schmerzhafter Zeit in der Opposition – über die Umsetzung von Alternativen nachgedacht werden kann? Das Wahlergebnis vom 18. September 2005 legt diesen Schluss nicht nahe: Selbst unter beständiger medialer Berieselung mit ewig gleicher neoliberaler Indoktrination, millionenschwerer PR-Kampagnen für die ‚Neue Soziale Marktwirtschaft‘ und Argumentationsunterstützung durch internationale Organisationen wie OECD, IWF oder der EU-Kommission hat sich erneut eine Mehrheit entschlossen, eine andere Politik einzufordern. Dies ist nicht nur eine Chance, dies ist ein klarer Auftrag. Nun wäre es sicher naiv anzunehmen, dieser Auftrag können problemlos durch ein Zuwendung der SPD zur Linkspartei (und den Bündnisgrünen) umgesetzt werden – dafür sind die persönlichen Spannungen zwischen wichtigen Protagonisten auf beiden Seiten zu stark, dafür ist aber auch die Linkspartei noch zu wenig einschätzbar. Andererseits wäre es ebenso naiv, vorhandene Handlungspotentiale nicht zu nutzen, es wäre unprofessionell, sich von persönlichen Emotionen leiten zu lassen und es wäre strategisch aus Sicht der SPD unklug, die neue Kraft im linken Wählerspektrum durch die Ignoranz des – vor allem eigenen – Wählerauftrags erst recht stark zu machen.

Die künftige Aufstellung der SPD kann natürlich nicht unabhängig vom laufenden Regierungsgeschäft geschehen. Selbst ohne die Schrödersche Durchsetzung von Leitgedanken ‚von oben‘ wird die Regierungszusammensetzung – große Koalition oder Mitte-Links-Bündnis – eine Vorentscheidung für die künftige Positionierung sein. Die Re-Sozialdemokratisierung der SPD im oben beschriebenen Sinne ist in einer großen Koalition schwer vorstellbar. Es muss deshalb die zwingende Schlussfolgerung dieser Ausführungen sein, dass eine große Koalition nicht als zukunftsweisende Strategie für eine SPD angesehen werden kann, die ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit bewahren will. Dennoch ist eine große Koalition denkbar, wenn alle anderen Optionen geprüft und vor dem Hintergrund der Durchsetzungswahrscheinlichkeit sozialdemokratischer Positionen verworfen wurden. Schwer nachvollziehbar ist allerdings, dass keine andere als die große Koalition überhaupt geprüft, geschweige denn ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Dies muss als Hinweis darauf verstanden werden, dass die alte Führungsmannschaft der SPD, die ihre Partei in die hier diskutierte schwere Ausgangssituation gebracht hat, weiterhin den Kurs vorgibt und keinerlei Lernprozesse erkennen lässt. Vor diesem Hintergrund muss auch Schröders dreister Anspruch, der heimliche Sieger der Bundestagswahlen zu sein, verstanden werden als die politische Vorlage, die Meinungsführerschaft in der Partei zu behalten – unabhängig von der Person Schröders. Die Einmütigkeit, mit der die große Koalition aus Sicht der SPD als einzige Option der

Regierungsbeteiligung nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch außerhalb durch die Medien transportiert wurde, lässt erahnen, wie eisern der Griff der Meritokratie<sup>18</sup> ist. Es wird Zeit, dass die SPD wieder auf ihre Wähler hört, sonst dürfte ihr Ende als Volkspartei gekommen sein.

---

<sup>18</sup> Die neoliberalen Politikprogramme laufen immer darauf hinaus, Marktergebnissen stärker zum Durchbruch zu verhelfen. Dies impliziert, ausgelöst durch eine Veränderung der Primärverteilung, unterstützt durch die Rückführung der Umverteilungswirkung des Steuer-, Sozial- und Transfersystems, eine Erhöhung der Einkommensungleichheit. Gewinner dieser Politik („cui bono“) sind also jene Menschen, die aufgrund ihrer Ausstattung mit Finanz-, Real- oder Humankapital als ‚Leistungselite‘ (Meritokratie) bezeichnet werden können. Auch die Agenda-2010-Politik der Schröder-SPD läuft darauf hinaus, dieser ‚Leistungselite‘ zu dienen (vgl. Heise 2003).

## Literatur

Bartsch, K., Hein, E., Truger, A.; Zur Interdependenz von Geld- und Lohnpolitik; in: Heise, A. (Hrsg.); Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum, Marburg 2002, S. 303 – 346

Fritsche, U. et al.; Makroökonomische Regime und ökonomische Entwicklung: das Beispiel USA; in: Hein et al. (Hrsg.); Europas Wirtschaft gestalten, Hamburg 2004, S. 51 – 79

Giddens, H.; Jenseits von Rechts und Links. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt 1997

Habermas, J.; Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973

Hall, P.A.; Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain; in: Comparative Politics, Vol. 25, 1993, S. 275 - 296

Hauer, N.; Gerech ist, was Arbeit schafft; in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.); Die neue SPD. Menschen stärken – Wege öffnen, Bonn 2004, S. 197 – 201

Heise, A.; New Politics. Integrative Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert, Münster 2001

Heise, A.; Innovation und Gerechtigkeit? Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte der Schröder-Regierung; in: Heyder, U. et al. (Hrsg.); Das Land verändert? Rot-grüne Politik zwischen Interessenbalancen und Modernisierungsdynamik, Hamburg 2002, S. 29 – 45

Heise, A.; Dreiste Elite. Zur Politischen Ökonomie der Modernisierung, Hamburg 2003

Heise, A.; Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice- und Agenda-Theorie; in: Berliner Debatte – Initial, Jg. 15, H.3, 2004, S. 69 – 85

Heise, A.; Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung; in: Chaloupek, G. et al. (Hrsg.); Sisyphus als Optimist. Versuche zur zeitgenössischen politischen Ökonomie – in Memoriam Egon Matzner, Hamburg 2005a, S. 173 – 188

Heise, A.; German Social Democratic Economic Politics in the Light of Agenda Theory; in: Intervention – Journal of Economics, Vol. 2, No. 2, 2005b, S. 131 – 151



Heise, A.; Einführung in die Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Institutionen, Paradigmen, München 2005c

Kitschelt, H.; The Transformation of European Social Democracy, Cambridge 1994

SPIEGEL; Die Chaos-Wahl. Keine Macht für niemand - Wahlsonderheft `05, Hamburg 2005

Przeworski, A.; Capitalism and Social Democracy, Cambridge 1985

Priewe, J.; Kooperative makroökonomische Politik für stabile Preise und mehr Beschäftigung in Europa; in: Heise, A. (Hrsg.); Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum, Marburg 2002, S. 259 – 302

Reisz, G.; Sozialdemokratie ohne Solidarität? Wandlungen eines linken Begriffs in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert; in: Vorgänge, H.4, 2004, S. 56 – 64

Schröder, G.; Die Mitte in Deutschland. Rede auf dem SPD-Kongress am 20.02.2002 in Berlin; in: [www.spd.de/Kongresse](http://www.spd.de/Kongresse)

Schröder, G., Blair, T.; Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten; in: *perspektiven ds.*, 16. Jg. 1999, S. 4 – 17

Seeleib-Kaiser, M.; Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie? Eine Untersuchung zur programmatischen Reform sozialdemokratischer Parteien und ihre Auswirkung auf die Parteiendifferenzthese; in: *Politische Vierteljahresschrift*, 43 Jg., 2002, H.3, S. 478 - 496

Streeck, W., Heinze, R.G.; Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs; in: Arlt, H.-J., Nehls, S. (Hrsg.); Bündnis für Arbeit. Konstruktion-Kritik-Karriere, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 147 – 166

Vester, M.; Gibt es eine ‚neue Mitte‘?; in: *perspektiven ds.*, Jg. 17, 2000, S. 17 – 31

Vester, M.; Das Fiasko der ‚neuen Mitte‘. Die Bundestagswahl 2005 und die Orientierungen des gesellschaftlichen Milieus; in: *spw*, H. 145, Ausgabe 5, 2005, S. 14 – 20

Walter, F.; Die Zeit der Volkspartei ‚SPD‘ ist vorbei! Interview mit Prof. Franz Walter; in: *spw*, H.145, Ausgabe 5, 2005, S. 20 - 24

## **Bisher erschienene Arbeitspapiere**

Nr. 1 Arne Heise: EMU, Coordinanted Macroeconomic Policies and a Boost to Employment in the European Union, September 2002

Nr. 2 Arne Heise: Makroökonomisches Economic Governance: Makro-Dialoge auf nationaler und EU-Ebene, Februar 2002

Nr. 3 Arne Heise: Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung, Mai 2003

Nr. 4 Arne Heise: Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte, Oktober 2003

Nr. 5 Arne Heise: Polit-ökonomische Betrachtung zur Sozialdemokratie. Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice- und Agenda-Theorie, November 2003

Nr. 6 Arvid Kaiser: Finanzielle Selbstbeteiligung in der Gesundheitsversorgung, Dezember 2003

Nr. 7 Arne Heise: Deutsche Finanzpolitik zwischen Wachstum und Konsolidierung, März 2004

Nr. 8 Leonhard Hajen: Steuerung über Preise erfordert Stewardship, April 2004

Nr. 9 Wulf Damkowski/ Anke Rösener: Good Governance auf der lokalen Ebene, Juni 2004

Nr. 10 Anke Rösner/ Wulf Damkowski: Gender Controlling in der Kommunalverwaltung, Juni 2004

Nr. 11 Arne Heise: The Economic Policies of German ‚Third Wayism‘ in the Light of Agenda Theory, October 2004

Nr. 12 Sybille Raasch: Antidiskriminierungsgesetze: Zum Umsetzungsstand der neuen EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in Deutschland, Dezember 2004

Nr. 13 Leonhard Hajen: Präventionsgesetz im Interessenkonflikt zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung, Dezember 2004

Nr. 14 Arne Heise: Limitations to Keynesian Demand Management through monetary policy – whither Cartesian policy control, December 2004

Nr. 15 Norman Paech: Die europäische Verfassung – Ein Schritt zur Demokratisierung der EU?, April 2005

Nr. 16 Arne Heise: Political Economy of Meritocracy. Post-Olsonian, Post-Kaleckian Approach to Unemployment and Income Inequality in modern Varieties of capitalism, July 2005